

## **Redebeitrag Infoaktion 5 vor 12 am 14.05.2011**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es ist fünf vor zwölf – wir meinen das auch in übertragenem Sinn. Wir sind Lehrerinnen und Lehrer und wenden uns auf diese ungewöhnliche Art an Sie, weil wir denken, dass es an den Schulen brennt und dass Sie das alle wissen sollten. Auch wenn sie möglicherweise selbst keine Kinder haben, Schule geht auch Sie an, denn eine gute Ausbildung unserer Kinder entscheidet über die Zukunft unseres Landes. Deswegen finden solche Aktionen heute an vielen Orten in Hessen statt.

Die Schule soll durch ein neues Schulgesetz und neue Verordnungen verändert werden. Diese Entwürfe bringen unserer Auffassung nach viele Verschlechterungen. Deswegen wollen wir Sie heute darauf aufmerksam machen. Wir Lehrerinnen und Lehrer sagen nein zu diesem Schulgesetz und den neuen Verordnungen. Wir hoffen, dass Sie uns nachher zustimmen können, denn liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine solche Schule wollen wir nicht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir wünschen uns Klassengrößen wie in vielen anderen europäischen Ländern. Dort können die Lehrerinnen und Lehrer viel besser auf jedes einzelne Kind eingehen, können jedes einzelne Kind unterstützen. Das setzt kleinere Klassen voraus. Wir haben gemeinsam mit den Elternverbänden und Schülervertretungen viele Jahre lang für kleinere Klassen gekämpft. Gerade erst wurde die Klassenobergrenze für das Gymnasium von 33 auf 30 und in der Grundschule von 28 auf 25 Schülerinnen und Schüler abgesenkt. Doch jetzt ist vorgesehen, dass jede Schule von diesen immer noch sehr großen Klassen beliebig nach oben abweichen kann. Es soll keine Obergrenze für Klassen mehr geben.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine Schule, in der die sogenannten Klassenobergrenzen beliebig nach oben überschritten werden dürfen, wollen wir nicht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn Sie aufmerksam durch die Stadt gehen, werden sie feststellen, dass es allein in der Hanauer Innenstadt 15 Leiharbeitsfirmen gibt. Sie werden sagen, Leiharbeit hat doch mit Schule nichts zu tun. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das soll sich im neuen Schulgesetz ändern. Leiharbeit soll auch an Schulen möglich werden. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass an den Schulen qualifizierte, staatliche geprüfte Kolleginnen und Kollegen arbeiten! Es reicht nicht, dass der Chef einer Leiharbeitsfirma sagt, seine Leiharbeitskräfte

seien qualifiziert und könnten mit Kindern umgehen. Kinder brauchen Bezugspersonen. Sie wollen sich darauf verlassen können, dass die Personen, an die sich gerade gewöhnt haben nicht gleich wieder wechseln.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine Schule, in der der Chef einer Leiharbeitsfirma über die Qualifikation entscheidet und in der ein ständiger Wechsel herrscht, wollen wir nicht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
die UN Behindertenkonvention verpflichtet die Staaten, alle Kinder, auch lern- oder körperbehinderte, gemeinsam zu unterrichten und zu fördern. Wir wollen das. Alle sollen ohne Scheu voreinander gemeinsam aufwachsen und lernen und miteinander leben. Deutschland hat diese Konvention unterschrieben. Das Land Hessen hat dafür zu sorgen, dass dies auch in Hessens Schulen möglich wird. Stattdessen ist bekannt geworden, dass das Hessische Kultusministerium sogar die Schüler-Höchstgrenzen für Klassen, in denen lern- oder körperbehinderte Kinder gemeinsam mit allen anderen unterrichtet werden, abschaffen will. Bisher liegt sie bei 20 Schülerinnen und Schülern.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine solche Schule, in der auf Kosten von lern- oder körperbehinderten Kindern gespart wird, wollen wir nicht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Sie haben vielleicht der Zeitung entnommen, dass das Staatliche Schulamt in Hanau aufgelöst werden soll. Das Schulamt ist Ansprechpartner für Eltern und bietet Beratungsangebote an. Außerdem nimmt das Schulamt den Schulen zurzeit einen Teil der Verwaltungsarbeit ab. Wir wollen mit Ihren Kindern arbeiten. Wir wollen nicht immer mehr Zeit für immer aufwändigere Verwaltungsarbeit verwenden, weil wir uns dann immer weniger um ihre Kinder kümmern können.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine solche Schule, auf die immer mehr Verwaltungsarbeit abgewälzt wird, anstatt sie von Verwaltungsfachkräften beim Staatlichen Schulamt machen zu lassen, eine solche Schule wollen wir nicht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Sie haben sicher davon gehört, dass die meisten anderen Industrienationen weit mehr in die Schulen investieren, als die Bundesrepublik. Innerhalb der Bundesrepublik liegt Hessen dazu noch an einem der letzten Plätze. Wir setzen uns seit Jahren zusammen mit den Elternvertretungen dafür ein, dass endlich mehr Geld in die Schulen fließt. Stattdessen wird gespart: erst 45 Millionen, jetzt 68 Millionen und im darauf folgenden Haushalt bereits 80 Millionen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine solche Schule, an der immer weiter gespart wird und die deswegen immer weiter hinter den Schulen anderer Industrienationen zurück bleibt, eine solche Schule wollen wir nicht!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
wir leben in einem demokratischen Staat. Deswegen haben wir uns immer gemeinsam mit den Eltern- und Schülervertretungen für Teilhabe und Mitbestimmungsmöglichkeiten eingesetzt. Wir wollen eine demokratische Schule, in der wir die entscheidenden Entwicklungsprozesse gemeinsam voranbringen. Der Entwurf des Schulgesetzes setzt stattdessen vor allem auf eine autoritäre Schulleitung.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, zu einem demokratischen organisierten Staat gehört eine demokratisch organisierte Schule. Eine Schule, in der das immer weniger gilt, eine solche Schule wollen wir nicht!